



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz, Verkehr

Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regeln für die PKW-Kennzeichnung und zur Überarbeitung der CO₂-Standards für PKW und leichte Nutzfahrzeuge

07.07.2025 - 29.09.2025

Drs. 19/7603, 19/8453

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag begrüßt die im Rahmen des am 5. März 2025 vorgelegten Aktionsplans für die Automobilindustrie der Europäischen Kommission (EU-KOM) angekündigte Überarbeitung der zugrundeliegende Richtlinie 1999/94/EG im kommenden Jahr. Der Bayerische Landtag begrüßt die Schaffung von Rechtsklarheit und Transparenz, welche die Belange im Hinblick auf die verschiedenen Beteiligten u. a. Hersteller, Händler, Werbende und Verbraucher im Blickfeld hat.

Der Bayerische Landtag gibt zu bedenken, dass insbesondere bei den anzustrebenden Regelungen keine Überlastung der einzelnen Beteiligten erfolgen sollte, bei gleichzeitig ausreichender Information für die Verbraucher. Hierbei sollte darauf geachtet werden, eine über Gebühr belastende Bürokratie zu vermeiden und insbesondere die Hersteller möglichst frühzeitig in die Abstimmungen einzubeziehen.

Der Bayerische Landtag empfiehlt im Hinblick auf den gerade aktuellen Bürokratieabbau der Europäischen Kommission – Stichwort Omnibus-Pakete – überbordende bürokratische Vorgaben zu vermeiden.

Der Bayerische Landtag fordert eine möglichst rasche Anpassung der Vorgaben an die reale Marktentwicklung, auch um Strafzahlungen zu vermeiden. Bayern hat sich generell immer für ambitionierte, aber auch technisch darstellbare und wirtschaftlich tragfähige Regelungen eingesetzt und wird dies auch weiterhin mit Nachdruck tun. Die Transformation muss mit realistischen Zielen verfolgt und der harte weltweite Wettbewerb in der Automobilindustrie stärker berücksichtigt werden.

Der Bayerische Landtag ist überzeugt, dass in Zukunft je nach Einsatzbereich und spezifischen Vorteilen verschiedene Antriebsformen nebeneinander bestehen werden. Bayern befürwortet daher einen technologieoffenen Ansatz mit sämtlichen Antriebs-technologien, die geeignet sind, Klima- und Umweltbelastungen zu vermindern. Einseitige, politische Festlegungen auf bestimmte Antriebsarten sind aus Sicht des Bayerischen Landtags nicht zielführend.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner